



Liebe Erlenbacherinnen, liebe Erlenbacher,

man hatte ja das Gefühl, der Winter hört gar nicht mehr auf: bis in den April hinein Frosttemperaturen! Die einzige Sicherheit die blieb, war die Gewissheit: am 1. Mai feiert die SPD, und da muss der Frühling einfach da sein. Der Ortsverein bemüht sich, dieses Versprechen zu halten.

Für Diskussionsstoff sorgt die SPD ohnehin: die Römerfraktion und OB Feldmann haben das Gebiet zwischen Niedereschbach und Nieder Erlenbach als potenzielles Baugebiet ausgedeutet. Welche Aussichten auf Erfolg diese Idee – trotz wahrscheinlicher Proteste – haben wird, dazu mehr im Inneren des Heftes. Schließlich war das ja auch Thema im Ortsbeirat.

Aus dem Ortsbeirat

Das Kinderbüro Frankfurt stellte sich in der jüngsten Ortsbeiratsfraktion vor. Frau Dr. Feuerbach berichtete, dass die Grundlage für die Arbeit die UN-Kinderrechtskonvention sei, die bis auf Somalia und die USA alle Staaten der Welt ratifiziert hätten.

Außer der Koordination der Kinderbeauftragten der Stadtteile (bei uns Frau Reitzamer) kümmert sich das Büro um viele Projekte. So wissen junge Eltern, dass sie zur Geburt eines Kindes ein Päckchen kommt, in dem neben dem beliebten Eintrachtstrampler und einer CD mit Kinderliedern auch viele Informationen über die Rechte von Kindern sowie hilfreiche Kontaktadressen enthalten sind.

In der Bürgerfragestunde wurde Herr Kleppa als neuer Leiter des Reinhardhofes vorgestellt. Auf Nachfragen wurde informiert, dass a. es mit dem Bücherschrank wohl noch einen Monat dauern werden, bis alles geklärt ist und b. die Kita wohl doch im September oder Oktober (dieses Jahres) eröffnet werden soll.

Auf Kritik seitens des Tennisvereins stieß die Entscheidung des Ortsbeirates, die Möglichkeit der Nutzung der Tennishalle als Sporthalle zu prüfen. Der Verein wies darauf hin, dass dort die Jugendgruppen des Vereins trainiert würden, dies war dem Ortsbeirat aber nicht bekannt. Ohnehin beabsichtige aber der Eigentümer eine andere Nutzung, worauf der Ortsbeirat keinen Einfluss habe.

Folgende Anträge wurden beschlossen:

- Die Straße Feldbergblick soll Instand gesetzt werden (CDU; es wurde angemerkt, dass Anwohner schon von der Mainova befragt würden, ob sie einen Gasanschluss wollen).
- Es wird gefragt, wann denn im Ortskern endlich der beschlossene Verkehrsberuhigte Bereich umgesetzt wird (CDU, es wurde festgestellt, dass eine Antwort offenbar ein Tag vor der Sitzung ins Netz von PARLIS gestellt wurde):
- Die Kurmarkstraße soll auf hohes Verkehrsaufkommen und überhöhte Geschwindigkeit überprüft werden (CDU).
- Ein Verkehrsspiegel soll wegen der schlechten Sicht an der Ecke Märker Straße / Erlenbacher Stadtweg angebracht werden, weil die vorfahrtberechtigte Märker Straße kaum einsehbar ist (SPD).
- Die Mainova soll berichten, wie weit die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente Technologien gediehen ist (SPD).

- Außerdem wurde eine Tischvorlage bei Enthaltung der SPD beschlossen, die die Stadtverordnetenversammlung auffordert, die von OB Feldmann vorgeschlagene Bebauung abzulehnen.

Zum letzten Punkt gab es eine heftige Diskussion, die aber weitgehend sachlich blieb. Die SPD wies darauf hin, dass es hier zunächst nur um die Sicherung von Flächen für die Zukunft gehe (siehe hierzu einen Bericht auf Seite 5 und eine Einschätzung auf Seite 6).

Die nächste Ortsbeiratssitzung wird am **14. Mai um 20 Uhr** im Bürgerhaus stattfinden.

Weitere Termine

- 1. Mai: SPD-Fest und Volkslauf der TSG.
- 9. Mai: Vatertag am Schützenhaus.
- 22. + 23. Juni: Stadtteilstfest.

Veto gegen Windräder

Die Deutsche Flugsicherung hat ein Veto gegen die Windkraftanlagen eingelegt – sie könnten das Funkfeuer in Nidderau-Erbstadt stören. Dies bedeutet aber nicht das Aus für die Anlagen, sondern es wird geprüft, ob sie stören. Immerhin stehen die Windräder auf Karbener Gemarkung näher an Erbstadt als die geplanten Erlenbacher Anlagen. Aber der Bau wird dadurch verzögert

Das Geheimnis

Zu Gast in einer Millionenstadt in Asien. Millionen Pkw, noch mehr Millionen Motorroller und –räder. Bürgersteige breit, aber zugeparkt mit „Mopeds“, Fußgänger müssen auf die Straße ausweichen. Und erst die Straßen: vier- und sechsspurig, Fußgängerampeln eine Seltenheit. Wie kommt man auf die andere Seite?

Hier das große Geheimnis: Man geht einfach. Keiner meckert, keiner hupt, man gibt sich Zeichen, denn die Verkehrsteilnehmer achten aufeinander. Das scheint in einer Millionenstadt zu funktionieren, nicht aber in Nieder Erlenbach.

Erlenbach und der Müll

Im Neubauviertel scheint es ein Mülltonnenproblem zu geben. Die Müllfahrzeuge können nicht durch die Anliegerstraßen fahren, wenn dort Fahrzeuge abgestellt sind. Dort darf aber nicht geparkt werden, jedes Haus hat (mindestens) einen Stellplatz. Wenn dort noch ein Auto steht, bleiben weniger als 3,05 m für die Durchfahrt. Und so viel muss frei bleiben.

Liebe Anwohner dort: denkt doch bitte auch daran, dass es nicht nur Müllfahrzeuge trifft, sondern im Ernstfall auch Rettungsfahrzeuge und Feuerwehr. Haltet im eigenen Interesse die Straßen frei.



Am 1. Mai geht's wieder rund

Auch wenn die TSG mit ihrem Festabend am 27. April die ersten waren: die Freiluftsaison wird wie immer von der SPD eröffnet. Und es wird das bewährte Programm geben.

Um 11 Uhr startet das Fest. Wenn das Wetter schön ist wieder auf der Wiese am Bolzplatz. Für schlechtes Wetter (das wäre ein Traditionsbruch) ist sicherheitshalber das Bürgerhaus angemietet. Kurz nach Beginn wird die Bad Vilbeler Stadtkapelle ihr erstes Open-Air Konzert in diesem Jahr geben.

Und zur Mittagszeit wird wieder das feuerrote Spielmobil für die Kinder da sein. An dieser Stelle mal einen offiziellen Dank an die Nassauische Sparkasse in Wiesbaden, die seit vielen Jahren die Kosten hierfür übernimmt.



**1. Mai
in Nieder Erlenbach**



Kleine Veränderungen gibt es in jedem Jahr. So wurden die Lospreise für die Tombola im letzten Jahr auf zwei Euro angehoben, dafür hat aber auch jedes zweite Los gewonnen. Das hat sich bewährt und soll beibehalten werden – auch ein tolles Fahrrad als Hauptpreis. In diesem Jahr will der Ortsverein versuchen, den organisatorischen Ablauf zu verbessern, insbesondere, wenn mittags die Musikerinnen und Musiker der Stadtkapelle hungrig sind, die Gäste aber auch. Es soll eine getrennte Ausgabe nur für die Stadtkapelle geben.

Und sonst? Natürlich gibt es wieder Kaffee und Kuchen, Ballonwettfliegen und Politiker vor Ort. Und Sie sind als Gäste herzlich willkommen – auch jede helfende Hand ist willkommen.

Neues Baugebiet Nord?

Da die Zeitungsmeldung am 5. April zu lesen war, konnte es kein Aprilscherz mehr sein: SPD-Fraktionschef Oesterling und OB Peter Feldmann schlagen das Gebiet zwischen Niedereschbach und Nieder Erlenbach als neues Wohnbaugebiet für Frankfurt vor. Die Idee ist damit in der Welt und wird für viel Diskussionsstoff sorgen.

Und um es klar zu sagen: Es ist bisher nur eine Idee. Und Politik muss Ideen haben.

Frankfurt war schon einmal in einer ähnlichen Situation: Jahrelang wurde eine vorausschauende Planung vernachlässigt. Dann kam ein Stadtrat Martin Wentz, der eine Menge Ideen hatte, die zum Teil auf heftigen Widerstand stießen. Heute sind sie fast alle umgesetzt, auch von seinen Nachfolgern mit anderer politischer Couleur. Und manche Ideen stehen immer noch an wie z. B. das Baugebiet Bonames-Ost. Sein Nachfolger Edwin Schwarz (CDU) setzte wie gesagt fast alles um. Aber neue Ideen entwickelte er auch nicht.

Schwarz' Nachfolger Cunitz (Grüne) hatte zumindest wieder eine Idee entwickelt: die Überbauung der A661. Immerhin ist diese Idee schon ein paar Jahre alt – und von der Umsetzung mindestens ebenso weit entfernt wie die (auch nicht ganz so) neue Idee der SPD und OB Feldmann. Zumindest gibt es außer den bereits geplanten oder im Bau befindlichen Gebieten jetzt zwei Ideen, wie Frankfurt der Wohnraumnachfrage durch den Zuzug immer weiterer Arbeitskräfte begegnen kann.

Welche Aussichten auf Erfolg diese Idee hat? Lesen Sie dazu auf der folgenden Seite eine persönliche Einschätzung von Gert Wagner, ehemaliger Stadtverordneter und 17 Jahre Mitglied im Planungsausschuss der Stadt Frankfurt sowie 12 Jahre Mitglied der Regionalen Planungsversammlung.

**Wir laden ein zur
MAI FEIER
Rund um das Bürgerhaus**

**Ab 11 Uhr, mit Livemusik
Stadtkapelle Bad Vilbel
Spielmobil, Tombola
Grill, Ballonwettflug
Kaffee & Kuchen**



**SPD Ortsverein
Nieder Erlenbach**

Vor exakt 25 Jahren ...

... berichtete WIR in der Ausgabe 02/88 darüber, dass Umweltdezernent Daum Klage gegen WIR erhoben hat (die übrigens mit einem außergerichtlichen Vergleich endete). Was war der Anlass? Die damalige Stadtregierung unter OB Wolfram Brück plante eine Deponie für Bauschutt auf Nieder Erlenbacher Gemarkung – übrigens auf dem höchsten Punkt für jedermann gut sichtbar.

Wo gibt es Parallelen, wo unterscheidet sich die damalige Situation von der heutigen? In beiden Fällen erfuhr man in der Zeitung von den Vorhaben – die Ortspolitiker wurden in beiden Fällen nicht kontaktiert. Und so wie heute die SPD nicht sofort gegen ihren OB protestiert, so hielt sich damals die CDU zurück. Damals wie heute war die Argumentation: man kann nicht alles vom Umland verlangen, Frankfurt muss auch selbst liefern.

Die Unterschiede: 1. damals war die CDU im Römer mit absoluter Mehrheit an der Regierung, sie konnte entsprechende Absichten auch umsetzen (wenn die Regionalversammlung zustimmte); die SPD ist in der Opposition und kann zwar den Antrag stellen, ob er eine Mehrheit finden wird ist derzeit eher unwahrscheinlich.

2. Das Deponieren von Bauschutt wurde durch bessere Recyclingmethoden überflüssig. Auch Wohnungsbau kann überflüssig werden, wenn uns z. B. die Euro-/Bankenkrise überrollt, der Export einbricht und Arbeitsplätze verloren gehen. Das ist nicht unbedingt wünschenswert.

3. Wahlen: 1989 verlor die CDU und Wahl und die Deponie war obsolet. Die SPD ist – wie erwähnt – jetzt schon in der Opposition. Sollte sie aber bei der nächsten Kommunalwahl wegen des Themas Wohnungsbau zulegen, so wäre dies ein umgekehrtes Zeichen.

Bauen im Norden

Um es vorweg zu sagen: die SPD Nieder Erlenbach hat wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger von dem Vorschlag aus der Zeitung erfahren. Mangelnde Kommunikation? Na ja, im Römer weiß man auch, dass Stadtteilpolitiker gerne den Status quo verteidigen, mindestens aber das örtliche Interesse höher halten als das gesamtstädtische Interesse.

Welche Chancen auf Umsetzung hat diese Idee? Um ehrlich zu sein: recht große. Der Riedberg ist ein Beispiel. Dennoch: so schnell geht es nicht. Zunächst ist dieses Gebiet im regionalen Grünzug. Eine Umwandlung in Siedlungsfläche geht nur mit Zustimmung der Regionalen Planungsversammlung, die den kompletten Regierungsbezirk Darmstadt umfasst. Das heißt, dort muss eine Mehrheit gefunden werden.

Gerade die Nachbargemeinden wehren sich, wenn Frankfurt neue Baugebiete ausweisen will. So wird mit Sicherheit – wie auch beim Riedberg – ein Klimagutachten gefordert werden. Außerdem muss Frankfurt den Nachweis erbringen, dass es diesen hohen Flächenbedarf für Wohnraum gibt und dieser Bedarf anderweitig nicht zu decken ist.

Aber auch das wird wahrscheinlich gelingen, der Riedberg hat es gezeigt. Es ist nun mal so, dass die Bevölkerung in Frankfurt rapide wächst, im Gegensatz zu vielen anderen Städten in Deutschland. Wir sind eine prosperierende Region mit hohem wirtschaftlichem Potenzial. Und das zieht weitere Arbeitskräfte an. Das kann man bedauern oder auch begrüßen.

Nun könnte man sagen, es können doch umliegende Gemeinden Bauland ausweisen. Das tun diese auch, aber wohl nicht in ausreichendem Maße. Außerdem kann man nicht nur von anderen verlangen, man muss auch selbst liefern. Hinzu kommt, dass immer weniger Familien im Grünen bauen wollen, sondern lieber direkt in der Stadt wohnen. Steigende Spritpreise und guter öffentlicher Nahverkehr sorgen für diesen Trend.

Bleibt noch der zu erwartende Protest der Landwirte und anderer Wählerinnen und Wähler. Der Anteil der SPD-Wähler in unserem Stadtteil hält sich in Grenzen, den Niedereschbachern wird es weitgehend egal sein, weil sie ohnehin schon sehr städtisch geprägt sind.

Fazit: wenn die rechtlichen Probleme gelöst werden – und vieles spricht dafür, dass sie lösbar sind - wird eine städtebauliche Entwicklung eingeleitet werden, egal, welche Farbenkonstellation gerade im

Römer regiert. Bisher hat auch keine Partei im Römer den Vorschlag rundheraus abgelehnt. Frankfurter Interessen gehen vor Erlenbacher Interessen.

Gert Wagner
P.S: Dies ist nicht die Meinung des OV – hier entscheiden die Mitglieder



Daniela Sauer



von **Nieder-Erlenbach** aus
für die Gebiete Frankfurt, Bad Vilbel und Vordertaunus bis Neu-Isenburg

Sie suchen einen Mieter / Nachmieter / Käufer?

Ich helfe Ihnen gerne und für Sie als Auftraggeber kostenlos

* Auch Wochenendtermine sind möglich

Diskretion, Schnelligkeit, Service und persönlich auf das Objekt abgestimmte Betreuung sind meine Image.

☎ (0 61 01) 40 38 40 📠 ...40 38 39 📞 0170. 3.40.86.99

Was stimmt nicht?

Wenn man zurzeit Nachrichten verfolgt, kann man schier verzweifeln. Da muss ständig irgendein Land gerettet werden (oder sind es eher die Banken?), die „bösen“ Deutschen zwingen andere Staaten zum Sparen, die Arbeitslosigkeit steigt dort und alle schimpfen auf uns.

Und dann legt die EZB eine Statistik vor (natürlich nach der Rettung Zyperns), aus der hervorgeht, dass fast alle europäischen Bürger ein höheres Vermögen besitzen als die Deutschen. Das mittlere Haushaltsvermögen eines Zypriers beträgt im Durchschnitt mehr als das Fünffache eines deutschen Haushalts, von Luxemburg ganz zu schweigen. Eigentumswohnungen und eigene Häuser sind in anderen Ländern weiter verbreitet als in Deutschland.

Und in Deutschland? Hier lesen wir, dass die Schere immer weiter auseinander geht. Immer weniger haben immer mehr Vermögen, die große Mehrheit immer weniger. Und dann lesen wir noch, dass diejenigen, die besonders viel Vermögen haben (nicht nur Deutsche), ihr Vermögen in Steueroasen vor dem Finanzamt verstecken. Zigtausend Fälle aus 170 Nationen sind bekannt geworden. Und auch dabei sollen Banken ja gut „beraten“ haben.

Nun nehmen wir all diese Informationen zusammen. Man stelle sich vor, ein Land wie Italien oder Spanien kriegt die Kurve nicht und unsere Garantien werden fällig, der deutsche Staat muss blechen. Wer muss das dann tragen? Werden die Konten in den Steueroasen angezapft? Müssen die Aktionäre der Banken dran glauben? Oder sagen die Hochvermögenden: Wir tragen freiwillig den Löwenanteil?

Es ist natürlich richtig, dass durch den Krieg und die Zerstörung in Deutschland weniger vererbt werden konnte als in anderen Staaten, die Wiedervereinigung war auch nicht kostenlos. Dennoch: deutsche Regierungen haben offensichtlich über Jahrzehnte versäumt, für eine breitere Vermögensbildung zu sorgen. Modelle gab es viele mit staatlichen Prämien (z. B. vermögenswirksame Leistungen), aber sie waren im Ansatz eher zu zaghaft, um wirklich Vermögen zu bilden. Da wurde der Prämienparvertrag eher für ein neues Auto genommen als für's Häuselbauen.

Noch ein kleiner Aspekt: in all den Ländern, in denen das durchschnittliche Haushaltsvermögen höher ist als bei uns, dort gibt es selbstverständlich Mindestlöhne, und auch die sonstigen Löhne und Gehälter sind in den letzten Jahren stärker gestiegen als bei uns. Wir sind bescheiden geworden, und wenn es hart kommt, zahlen wir auch.

Es wird Zeit, dass eine Regierung für Vermögensbildung in breiter Hand sorgt. Das sichert auch vor Altersarmut.

G.W.